

# **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen**

EntschlieÙung Nr. 2

## **Für die Sicherung der Arbeitsplätze und den Erhalt der Standorte in der Stahlindustrie!**

### **Für eine alternative Stahl- und Wirtschaftspolitik: Der Mensch geht vor Profit! Die DKP Saarland solidarisch an der Seite der Stahl-Belegschaften!**

Stahlarbeiter schlagen jetzt wieder Alarm: Sie fürchten einen massiven Arbeitsplatzabbau, gar das Ende der Stahlproduktion in Europa. Sie sehen die Gefahr, dass Thyssen-Krupp und Arcelor-Mittal, die beiden größten Stahlerzeuger in Deutschland, in der laufenden Krise zu gefährlichen Playern werden können, die vor Schließungen und Entlassungen im größeren Ausmaß nicht zurückschrecken. Mittal hat das mit den Schließungen der Werke in Luxemburg und Lothringen bereits demonstriert.

Die saarländische Stahlindustrie steht in ihrer wirtschaftlichen Substanz verhältnismäßig gut da. Dank der Unternehmenskonstruktion der Stahl-Holding bleiben die Gewinne weitgehend im Unternehmen und ermöglichen Investitionen. Dies kommt in der Eigenkapitalquote von 76 % deutlich zum Ausdruck. Dadurch konnten seit der letzten Krise die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden. Aber auch die saarländische Stahlindustrie unterliegt den globalen kapitalistischen Marktgesetzen und steht auf dem kapitalistischen Markt je nach Nachfrage und den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz unter Druck.

### **Weltweite Überproduktionskrise bei Stahl**

Fast drei Jahrzehnte nach der letzten großen Stahlkrise droht erneut eine Krise der Stahlindustrie. Es gibt eine weltweite Überproduktion an Stahl. Die internationale Rezession hält an und drückt neben langfristigen Veränderungen in der Produktionsstruktur auf den Weltstahlverbrauch. Seit 2012 werden in dieser Branche rückläufige Umsatzzahlen verzeichnet.

Deutschland, größter Stahlproduzent in der EU und siebtgrößter in der Welt, ist davon besonders betroffen. Thyssen-Krupp und Arcelor-Mittal, die größten Stahlkonzerne hierzulande, befinden sich in einem Abwärtssog. Sie haben nicht nur Umsatzeinbußen sondern auch gravierende Gewinneinbrüche zu verzeichnen. Diese wurden zum Teil durch Fehlinvestitionen und gescheiterte Unternehmensstrategien hervorgerufen, widerspiegeln aber im Kern die sinkende Profitrate in der Branche. Es wird wieder von notwendigen „Konsolidierungsprozessen“ geredet, damit wird in Krisenzeiten immer Stellenabbau, Entlassungen und Sozialabbau umschrieben. Thyssen-Krupp wirbt um die Salzgitter AG, der Druck hin zu Fusionen wächst. Nach einigen Jahren der relativen Ruhe ist ein neuer Konzentrations- und Zentralisationsprozess im Gange.

Jede Stahlkrise der letzten Jahrzehnte hat zu weiteren nationalen Zusammenschlüssen und internationaler Verflechtung in der Stahlbranche geführt. Der Prozess der Internationalisierung verläuft aber widersprüchlich. Ursache dafür liegt in der Rolle der Stahlindustrie als Basis- und Schlüsselindustrie und der vorhandenen Anbindung an regionale und teilweise traditionelle Standorte mit gut qualifizierten Arbeitskräften und gewerkschaftlich stark organisierten Belegschaften.

## **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen**

Die in Deutschland agierenden Stahlkonzerne stehen nicht nur unter einem internationalen Konkurrenzdruck sondern auch unter dem Druck ihrer wichtigsten Abnehmer in der Automobilindustrie, im Maschinenbau und der Energiewirtschaft. Entsprechend der neoliberalen Profitlogik ist auch die Stahlproduktion ein „Objekt der Begierde“ für internationale Finanzanleger. Das zeigen die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in der Eigentümerstruktur. Die Stahlbranche steht unter einem enormen Anpassungsdruck durch den globalen Kapitalismus. Hierin liegt der Kern der gegenwärtigen Krise.

### **Die Interessen der Stahlbosse – die Interessen der Stahlbelegschaften**

Vor dem Hintergrund des Preisverfalls und der Kostenbelastung fand auf Initiative von EUROFER, dem Verband der EU-Stahlunternehmer, unter Beteiligung von verschiedenen Gewerkschaften eine Kundgebung in Brüssel statt. 5000 Stahlarbeiter waren dabei, 350 aus dem Saarland und ca. 100 aus Völklingen. Die IG-Metall als größte Gewerkschaft in der Branche wollte sich nicht ausklinken. Aus gewerkschaftlichem Verständnis ist es problematisch, wenn die Forderungen von Stahlunternehmen und Gewerkschaften - stärkere Importbeschränkungen mit Blick auf China, gegen einseitige Kostenbelastungen durch die Verteuerung der Umweltzertifikate – bei dieser Aktion weitgehend kompatibel waren.

Manche Kollegen fragten sich, ob sich die IG-Metall hier vor den Karren der Unternehmer spannen ließ? Dem letzten IGM-Kongress lag ein Leitpapier vor, in dem die IG-Metall-Führung bewusst auf strategische Bündnisse mit den großen Unternehmen ihrer Branche orientiert. Dieses Herangehen wird auch unter Gewerkschaftsmitgliedern kritisch gesehen und hinterfragt, ob solche Bündnisse nicht erpressbar machen für Zugeständnisse bei Löhnen, Arbeitsplätzen und Mitbestimmung. Für die Beschäftigten ging es bei der Kundgebung um ihre Arbeitsplätze und damit ihre Existenzgrundlage. Für die Stahlbosse geht es um ihre Profite; die „gewerkschaftliche Begleitmusik“ war für sie wichtig, um glaubwürdig zu wirken.

Letztlich wird die Frage „Wer-wen?“ nicht am grünen Tisch entschieden, sondern in Aktionen, durch aktive Belegschaften und Gewerkschaftsmitglieder, aber auch einer kämpferischen gewerkschaftlichen Strategie, die Interessenwiderspruch von Kapital und Arbeit sichtbar macht.

### **Die Gelbe Gefahr**

Mit der von den herrschenden Medien unterstützten Propagandakampagne gegen „die gelbe Gefahr“ soll der Blick auf die eigentlichen Krisenursachen abgelenkt werden. Die „deutsche Wirtschaft“ profitiert vom wechselseitigen Geschäft mit China und der „Billigproduktion“ rund um den Globus. Die Stahlunternehmer prangern die auf Lohndumping und Umweltzerstörung gegründeten Stahlimporte aus China an und sind andererseits Verfechter der kapitalistischen Globalisierungsprozesse, mit denen Sozial- und Umweltstandards auf das untere Niveau herabgedrückt werden. Hinzu kommt, dass billigerer Stahl den großen Stahlverbrauchern (Autoindustrie, Maschinenbau usw.) nutzt, weil sie daraus Extraprofite ziehen können.

Der Handel mit den Umweltzertifikaten ist zu einem lukrativen Geschäft mit Gewinnern und Verlierern geworden. Umweltexperten schätzen jedoch anders als die bestimmenden Umweltpolitiker die Wirkung dieses marktwirtschaftlichen Instruments für den Klimaschutz

## **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen**

als wenig erfolgreich ein. Für letztere kommen alternative umweltpolitische Konzepte, die der Kapitallogik widersprechen, nicht in Frage.

Die Ursachen für die Krise sind vielschichtig. Sie bestehen aus viel mehr als der Stahlschwemme aus China und der geplanten Verteuerung der Umweltzertifikate, wobei diese Entwicklungen aktuell die Krise verschärfen.

Die Krisenlasten und „Kosten“ des weltweiten kapitalistischen Konkurrenzkampfes sollen wie in vorangegangenen Krisen auf die Stahl-Beschäftigten abgewälzt werden. In der heutigen globalen kapitalistischen Weltwirtschaft können mit protektionistischen Maßnahmen und Mitteln Arbeitsplätze und Stahlstandorte letztlich nicht gesichert werden. Genau so wenig kann die Stahlkrise zusammen oder partnerschaftlich mit den profitgetriebenen und konkurrierenden Stahlmultis überwunden werden.

Der Stahlindustrie stehen stürmische Zeiten bevor. Vor diesem Hintergrund hat die IG-Metall ihre Kampagne „Stahl ist Zukunft“ gestartet, um Belegschaften und Bevölkerung zu mobilisieren. Die DKP unterstützt diese Kampagne in ihrer Zielstellung, die Arbeitsplätze und Stahlstandorte zu sichern.

### **Vorschläge für heute und morgen**

Es stehen weitergehende Forderungen auf der Tagesordnung.

Die DKP fordert eine Arbeitsplatzgarantie, nicht nur bei Saarstahl.

Die DKP fordert erneut ein „Stahlprogramm“, ein alternatives Konzept, in dem zukunftsorientierte, soziale, ökologische und demokratische Inhalte festgelegt und die Arbeitsplätze gesichert werden. Es geht um eine Wirtschafts- und Investitionspolitik, in der die Stahlindustrie eine Zukunft hat.

Es geht auch in der Stahlindustrie nicht nur darum, qualitative Erzeugnisse herzustellen, sondern bereits den Herstellungsprozess durch soziale und ökologische Qualitätsstandards im Interesse der Beschäftigten zu gestalten.

Es geht um die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit, wie es in der saarländischen Landesverfassung verankert ist.

Es reicht nicht aus, deklamatorisch für den Erhalt der Stahlindustrie einzutreten. Die saarländische Landesregierung muss dafür aktiv werden und auch im Bundesrat dafür Initiativen ergreifen.

Die DKP-Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie unter demokratischer Kontrolle ist als antimonopolistische und gegen die Diktatur des kapitalistischen Marktes gerichtete Maßnahme aktueller denn je.

International müssen faire Austauschverhältnisse zu gleichberechtigten Bedingungen gelten. Notwendig sind neue Weltwirtschaftsbeziehungen mit Maßnahmen und Vereinbarungen, um weltweit Krisen und Verelendung zu überwinden. Dies gelingt nur im entschlossenen internationalen Kampf gegen die Multis!

Umso mehr muss aus diesem Grund das Freihandelsabkommen TTIP verhindert werden.

Entscheidend ist jetzt die Bereitschaft der Stahlarbeiter, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen, die gewerkschaftliche Kampfkraft und die breite Solidarität der Menschen. Für die Saar-

## **DKP Saarland Bezirksdelegiertenkonferenz 9. April 2016, Neunkirchen**

stahl-Belegschaft geht es darum, ihre Arbeitsplätze zu sichern, und ihre Errungenschaften, die sie in Form der „Saar-Lösung“ und betrieblichen Rechten durchgesetzt haben, zu verteidigen.

Gelingt dies nicht, droht ein erneuter arbeitsmarktpolitischer Kahlschlag im Saarland, dessen Folgen kaum abzusehen sind.

Die Stahlstandorte und die damit verbundenen Arbeitsplätze müssen mit Zähnen und Klauen verteidigt werden.

Die DKP ist solidarisch und dabei.